

3907/J XX.GP

der Abgeordneten Helmut Peter und PartnerInnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Schikanierung von Touristen aus den ehemaligen Ostblockländern.

Toleranz, gelebtes Menschenrecht und europäische Partnerschaft sind die Zugänge zur Osterweiterung der EU, die dem Tourismusland Österreich neue Gästesichten erschließen wird. Die Beitrittsverhandlungen Polens, Tschechiens, Ungarns und Sloweniens werden diesen Prozeß der gegenseitigen touristischen Befruchtung beschleunigen, wenn es gelingt die zeitlich dazwischen liegende Schengener Außengrenze bis zum definitiven Beitritt touristisch durchlässig zu halten.

Mit dem zu erwartenden Vollbeitritt dieser Länder und dem dann folgenden Beitritt zum Schengener Raum und zur Währungsunion, tritt Österreich endgültig aus seiner früheren Randlage heraus. Wir liegen damit in der Mitte unserer Märkte und haben alle Chancen touristisch erfolgreich zu sein. Diese Chancen müssen wir aktiv nützen.

Nach der Ostöffnung haben viele unserer Nachbarn ihre erste Reise in den "goldenen Westen" nach Österreich gemacht, und sind seitdem auch in Zeiten des touristischen Strukturwandels zu dem am stärksten wachsenden Marktsegment in Österreich geworden. Schon heute gibt es in unseren Nachbarstaaten eine noch kleine aber schnell wachsende Schicht von wohlhabenden Gästen.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist Österreich nun gefordert, optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, um rechtzeitig auf diese Herausforderung zu reagieren, und diese als Chance zu nutzen. Selbstverständlich ist von seiten der Bundesregierung hier besondere Sensibilität gefordert, denn Störungen, dieser im Entstehen begriffenen, touristischen Entwicklung können sich selbstverständlich als sehr schädlich erweisen.

Berichte in den Medien, wie die vom Standard vom 12.02.98 (Kopie in der Anlage), die von einem äußerst unangenehmen Verhalten österreichischer Zollbeamten gegenüber polnischen Urlaubern berichten, stellen jedoch Österreich als Urlaubsdestination ein schlechtes Zeugnis aus.

Laut Standard scheint schikanöses Verhalten der österreichischen Exekutive gegenüber polnischen Touristen leider keine Ausnahme zu sein. Trifft das zu, so ist das eine Situation, die sowohl aus rechtsstaatlicher, wie aus touristischer Sicht unhaltbar ist.

Im Sinne der Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Tourismus, vor allem aus den Gebieten des ehemaligen Ostblock, stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

- 1) Der Standard vom 12.02.1998 (siehe Beilage) berichtete von schikanösem Verhalten von Zollbeamten am 21. Jänner 1998 an dem polnischen Touristen Marek Z. Wie stellt sich dieser Fall aus Ihrer Sicht dar?
- 2) Wurden oder werden die betreffenden Beamten entsprechend unterrichtet, daß derartiges Verhalten für die Reputation ihrer Behörde ein schlechtes Zeugnis ausstellt.
- 3) Trifft es aus Ihrer Sicht zu, daß Schikanen von Seiten der österreichischen Exekutive gegenüber Touristen aus den Ländern des ehemaligen Ostblockes keine Seltenheit sind?
- 4) Welche Maßnahmen werden von seiten Ihres Ministeriums gesetzt, um unkultiviertes Verhalten gegenüber Touristen zu vermeiden?
- 5) Sehen Sie die Notwendigkeit bei der Durchsetzung des Schengener Abkommens, wie in der Begründung dieser Anfrage formuliert, die Grenzen zu den ehemaligen Ostblockstaaten touristisch durchlässig zu halten?  
Wenn Ja, welche Maßnahmen haben Sie gesetzt und werden Sie setzen?

Anlage konnte nicht gescannt werden !!